

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.  
Verleger: Hermann Schmidt.  
Für die Redaktion: 25 241.  
Für die Geschäftsstelle: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Dezember 1923 des tagl. wöchentlichen Auslasses (von Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat Dezember 3 Mark. Einzelnummern 10 Pfennig.)  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pf. für auswärts 35 Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf. außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Anzeigenzeile 150 Pf. außerhalb 200 Pf. Oberenrand 10 Pf. Ausw. Aufsätze gegen Bezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Martenstraße 38/42.  
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.  
Pollichsch-Antis 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltlich Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Roch gibt seinen Auftrag zurück.

### Die Erklärungen der Parteien in der entscheidenden Führerbesprechung.

Wahrscheinliche Erhöhung des Zahlungsmittelumsatzes. — Drohende Sprache des „Petit Parisien“ gegen die Türkei.

#### Roch bei Hindenburg.

Berlin, 17. Dez. Der Reichsminister a. D. Roch berichtete heute vormittag 11 Uhr dem Reichspräsidenten über seine Verhandlungen, aus denen sich ergeben habe, daß die Große Koalition zurzeit nicht möglich sei, und gab deshalb dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung wieder zurück. Der Reichspräsident dankte dem Abgeordneten Roch für seine mühevollen Arbeit, die, wenn sie auch kein positives Ergebnis hatte, doch wesentlich zur Klärung der politischen Lage beigetragen habe. (W.Z.)

#### Die abschließende Besprechung.

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Roch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Komunique ausgedrückt:

In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abg. Müller-Franken (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Roch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das eifrigste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelnde Entgegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Roch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert. Die Fraktion kann in der Formulierung, die sie auf Grund der Besprechungen der Parteien neuerdings vorgelegt hat, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken.

Das Zentrum erklärte, daß es sich auf den Boden der Richtlinien gestellt habe. Die Deutsche Volkspartei erklärte gleichfalls, daß sie zwar an einigen Stellen Bedenken zu erheben habe, sich trotzdem aber auf den Boden der Richtlinien stellen könnte. Diefelbe Erklärung wie das Zentrum gab die Demokratische Partei ab. Der Abg. Reich erklärte für die Deutsche Volkspartei, daß sie von einer endgültigen Stellungnahme absehe.

Der Abg. Roch stellte daraufhin fest, daß die Bemühungen um die Errichtung einer Großen Koalition gescheitert seien. Er wird seinen Auftrag alsbald dem Reichspräsidenten zurückgeben. Wie wir erfahren, befindet sich Abg. Roch zurzeit beim Reichspräsidenten.

#### Was nun?

Berlin, 17. Dez. Reichspräsident v. Hindenburg hat sich seine Entscheidung in der Frage der Kabinettsbildung vorbehalten. Es gilt als wahrscheinlich, daß er erst nochmals die Parteiführer empfangen wird, um sich direkt von

ihnen unterrichten zu lassen. Angesichts des bevorstehenden Weihnachtstages rechnet man mit einer Vertagung der Verhandlungen bis nach Neujahr.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird im Hinblick an den Abbruch der Verhandlungen eine Erklärung veröffentlichen, die in anerkennenden Worten um Ausdruck bringen wird, daß die Partei den Abg. Roch für eine sehr acceantete Persönlichkeit zur Bildung der Regierung nach wie vor anerkenne. Die Schwierigkeiten, an denen die Verhandlungen gescheitert wären, hätten auf Seiten der Deutschen Volkspartei gelegen.

Trotz der Entscheidung der Sozialdemokratie in der Hauptsache die Furcht vor der Übernahme der Verantwortung und der Wunsch, weitestgehende Abstriche zur Notation zu behalten, anzurunde liegt, war schon heute morgen klargestellt worden. Diese Tatsache läßt sich auch dadurch nicht verschleiern, daß die sozialistische Fraktion die Schuld an dem Mißlingen der Kabinettsbildungsversuche Rochs der Volkspartei ausschließlich in die Schuhe zu schieben. Im übrigen aber Herrn Roch die verunsicherte Kabinettsbildung durch eine Sympathieerklärung zu verfallen verweigert.

#### Abbau des Reichsernährungsministeriums geplant?

Berlin, 17. Dez. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß bei den schwebenden Koalitionsplänen auch der Gedanke eine Rolle gespielt habe, dem Wirtschaftsministerium und dem Reichsernährungsministerium eine gemeinsame Spitze zu geben, was praktisch gleichbedeutend sein würde, das Reichsernährungsministerium in ein allgemeines Wirtschaftsministerium einzuschmelzen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß bisher nur zwei Vertreter der Industrie zu dieser Frage gehört worden seien, aber kein einziger Vertreter der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft könne in der gegenwärtigen schweren Krise auf eine selbständige Vertretung ihrer Lebensinteressen im Reichskabinettsrat nicht verzichten, sondern müßte derartige Pläne mit rücksichtsloser Entschiedenheit bekämpfen.

#### Der Reichstag geht in die Ferien.

Berlin, 17. Dez. Der Reichstag des Reichstags beschloß heute die letzte Sitzung vor Weihnachten abzuhalten, da keine Aussicht bestehe, daß in den nächsten zwei Tagen noch eine Regierungserklärung erfolgen könne. Am 12. Januar nächsten Jahres wird der Reichstag seine Arbeiten wieder aufnehmen, sofern nicht ein früherer Termin notwendig wird, wenn etwa eine neu gebildete Regierung ihre Regierungserklärung schon früher abgeben könnte.

Oberstein-Adar, 17. Dez. Der Redakteur des „Baumholder Stadt- und Landboten“, Wolf, wurde von dem französischen Militärpolizeigericht in Mainz zu 15 Tagen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe wegen Abdrucks eines Artikels über die französische Fremdenlegation verurteilt.

## Das Urteil der Berliner Parteipresse.

Berlin, 17. Dez. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Rochs Kreise werden von seinen eigenen Freunden gestört. Den Sozialdemokraten genüge die Zusage nicht, die er ihnen machen will, denn seine ganzen Richtlinien tendieren so stark nach links, daß man sich überhaupt bezüglich der Zustimmung an die Deutsche Volkspartei, darauf einzugehen, wundern muß. Roch hat offenbar nur versucht, die sozialdemokratischen Fraktionen etwas zu misblenden, zu verschleiern, mit dem Augenwinkern natürlich, das besagt, wenn wir nahher zu Hause sind, wird sich schon alles finden. Die Deutsche Volkspartei sollte sich schonend auch damit trösten, und so wollte Herr Roch als Rangler in die Wilhelmstraße ziehen, eine innerlich unzeitige Koalition hinter sich, damit seinen und den Parteiführern des Zentrums Genüge geschah. Diesen billigen Triumph gönnten ihm die Sozialdemokraten nicht, und so machen sie Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Die Sozialdemokraten wollen nicht, sie können nicht, denn von all überall her aus dem Lande wird die Große Koalition abgelehnt. Die Sozialdemokratie hat ja von vornherein gewarnt und kein Hehl aus ihrem Mißvergnügen, ihrer Abneigung, ihrer Verantwortungsduldung und ihrem Strakenagationswillen gemacht.

Die „Börsezeitung“ urteilt: Die Sozialdemokraten denken eben nicht daran, sich unter die Führung des Zentrums und der Volkspartei zu begeben, sondern wollen selber befehlen oder, wenn sie das nicht können, lieber mit den Kommunisten um die Wette für ihre Partei aglieren.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint: Das Verhalten der Sozialdemokratie beweist von neuem, daß es ihnen nicht auf sachliche Arbeit ankommt, sondern lediglich darauf, das Zustandekommen der Koalition zu sabotieren. — Der „Sozialanzeiger“ urteilt, die Verhandlungen seien gescheitert, weil die Hauptbedingung für die Zusammenschließung einer Einheitsfront von Stresemann bis Scheidemann ein aufrichtiges und vorbehaltloses Vertrauensverhältnis zu den vier oder fünf oder sechs Parteien von vornherein überhaupt nicht vorhanden wäre.

Die Große Koalition ist gescheitert, klagt das Zentrum, organ, die „Germania“, gescheitert, weil Verantwortungs-

losigkeit, gepaart mit doktrinarer Befangenheit, wieder einmal den gesunden Menschenverstand toteschlagen haben. Niemals hätten die Verhältnisse klarer und eindeutiger auf den Zusammenstoß der Parteien der Großen Koalition hingewiesen als diesmal. Die Voraussetzungen dazu wären gegeben gewesen, wenn der gute Wille nicht gescheit hätte. Die Hauptschuld an dem Scheitern der Verhandlungen trage die Sozialdemokratie. Ihr Widerstand gegen die einzig mögliche Regierungsbildung sei ein Schlag gegen die Republik und das parlamentarische System. Daß die Deutsche Volkspartei mit Begeisterung bei den Verhandlungen über die Große Koalition gewesen sei, könne man gewiß nicht behaupten, aber ihre Führer hätten sich besonders bemüht, dem Versuch eines Ausgleiches keinen Widerstand entgegenzusetzen. Die kommende Regierung werde entweder ein Kabinettsrat mit rechtsgerichteter Einschlag sein — dann möge man sich bei den Sozialdemokraten bedanken — oder ein politisch weniger absehbarmes Kabinettsrat, das dann nur noch mit hilflosweicher Distanz der Sozialdemokraten regieren könne, allerdings wie lange? Und was dann?

Auch die „Voll. Ztg.“ bedauert es, daß die Sozialdemokratie in einem entscheidenden Augenblick nicht den Mut gefunden habe, über Parteibedenken und Mißtrauen hinweg zu tun, was ein Gebot der Notwendigkeit und der staatspolitischen Klugheit gewesen wäre.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schreibt, eine Einigung über ein gemeinsames Programm wäre wahrscheinlich leicht gewesen, wenn die Verhandlungen nur zwischen den Sozialdemokraten einerseits und Herrn Roch und den ihm Gleichgesinnten andererseits zu führen gewesen wäre. Sie wären unmöglich, weil sie zugleich auch mit Parteien geführt werden müßten, denen die Sozialdemokratische Partei mit hartem Mißtrauen gegenübersteht. Das sozialdemokratische Programm bliebe der Maßstab, den die Sozialdemokratie an die Politik der künftigen Regierung anlegen werde. Das Recht rechnet mit der Auflösung des Reichstages, in welchem Falle die Partei mit diesem Programm in den Wahlkampf ziehen werde.

#### Die Richtlinien Rochs.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 17. Dez. Die Richtlinien des Abg. Roch, die die Grundlage der Parteiführerbesprechungen der letzten Tage bildeten, haben folgenden Inhalt. Bei der Abfassung der nachstehenden Richtlinien ist davon ausgegangen, daß eine Wehrheitsregierung für Deutschland eine unumgängliche Notwendigkeit ist, wenn es gelingen soll, die auswärtige Politik in dem bisherigen Rahmen erfolgreich weiterzuführen und Deutschland über die wirtschaftlichen Nöte der kommenden Zeit hinwegzuhelfen. Eine Wehrheitsregierung ist aber ohne weitgehende Kompromisse unmöglich. Manche der folgenden Forderungen mögen bedenklich oder unzureichend erscheinen, unerträglich sind sie nicht. Sie sind erträglicher als das Experimentieren mit einer Minderheitsregierung. Die Zusammensetzung des Kabinetts muß dafür bürgen, daß die Richtlinien in einer mittleren Linie durchgeführt werden. In derselben Linie wird auch an die Bearbeitung derjenigen Fragen heranzugehen sein, die noch zu wenig geklärt sind, um hier aufgenommen zu sein. Die Richtlinien lauten:

1. Sicherung und Festigung der Verfassung und der Republik. Kampf gegen alle verfassungsfeindlichen Elemente. (Anm.: Es ist selbstverständlich nicht daran gedacht, Anträge auf Abänderung einzelner Bestimmungen der Verfassung als unzulässig hinzustellen, wie solche Anträge auch bisher bereits häufig von allen Parteien gestellt worden sind und vermutlich auch gestellt werden. Auch ist nicht daran gedacht, in die verfassungsmäßig gewährte Meinungsäußerung in irgendeiner Weise einzugreifen. Von den Beamten muß die Vertretung und die Verteidigung der Verfassung verlangt werden.)
2. Fortsetzung der Außenpolitik des Kabinetts Luther zwecks europäischer Verständigung und zwecks Durchführung der Gleichberechtigung und Freiheit Deutschlands, sowie der Rüstungsbeschränkungen aller Staaten Europas.
3. Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, auch wo es sich um Deutsche handelt. Vertiefung der Beziehungen zu den deutschen Minderheiten im Ausland.
4. Vertiefung des deutschen Bodens von Saargebiet, Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiete der Luftschifffahrt.
5. Eintritt in den Völkerbund entsprechend den Erklärungen der Regierung Luther; Annäherung der europäischen Staaten, um Europa seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Stellung zu erhalten.
6. Durchführung des europäischen Wirtschaftsfriedens. Verständigung zwischen den europäischen Völkern über Produktion und Absatz, Verfolgung einer entschiedenen Handelsvertragspolitik, Beteiligung an einer Weltwirtschaftskonferenz.
7. Förderung einer freien und geordneten Erwerbs- und Wettbewerbswirtschaft in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft, Bekämpfung einer Vormachtstellung der Kartelle, höhere Wirtschaftsfreiheit, das Hand-in-Hand-Arbeiten von Regierung und Wirtschaftskreisen, zielbewusste Kreditpolitik.
8. Intensivierung der Landwirtschaft und Förderung des Siedlungswesens unter besonderer Berücksichtigung der Verdrängten.
9. Schaffung eines Gesetzes zur Durchführung einer gerechten und mit dem Staatswohl vereinbaren Abfindung der ehemaligen Kämpfer. (Anm.: Es ist unmöglich, sich in dieser Frage auf Einzelheiten festzulegen. Vielmehr wird es den Verhandlungen im Rechtsausschuß überlassen werden müssen, welche Gestalt das Gesetz findet. Dort wird auch die Frage zu erörtern sein, inwieweit namentlich mit Rücksicht auf eskalante thüringische Verhältnisse Urteile einer Nachprüfung zu unterziehen sind, die vom privatrechtlichen Gesichtspunkt aus gerechtfertigt sein können, aber den besonderen historischen und staatsrechtlichen Verhältnissen des Erwerbes — es sei a. B. an den Schmalzfabriker Fall erinnert, indem wir durch deutsches Antroppler erworbenen Vermögen einem englischen Prinzen zuweisen, während England die deutschen Prinzenvermögen beschlagnahmt hat — nicht Rechnung tragen.)
10. Fortsetzung eines neuen Schulgesetzesentwurfes nach den Grundrissen des Art. 140 der Reichsverfassung unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und des Elternrechtes.
11. Politische und konfessionelle Gleichberechtigung bei der Kernerbestimmung.
12. Schaffung einer Reichshandwerksordnung.
13. Verabschiedung des Arbeiterlohngesetzes, das den Rinderlöschung, den Frauenloshand und die Sonntagruhe mobilisiert und die Arbeitszeit im Rahmen des Washingtoner Abkommens auf der Grundlage des achtstündigen Arbeitstages regelt, Ratifikation des Washingtoner Zeitabkommens unter der Voraussetzung, daß mindestens Frankreich und Belgien die Ratifikation vollziehen. (Anm.: Nach den Darlegungen des Arbeitsministers Brauns ist zu erwarten, daß er ein Gesetz vorlegen wird, das sich im Rahmen des Washingtoner Abkommens hält, zugleich aber auch die Arbeitszeit in einer Weise regelt, die der Wirtschaft genügend Bewegungsfreiheit gibt, um wettbewerbsfähig zu sein. Darüber hinaus wegen den Inhalt dieses Gesetzes heute Festlegungen zu treffen, erscheint unmöglich. Ist ein Gesetz im Rahmen des Washingtoner Abkommens geschaffen, so ist es keine innenwirtschaftliche Frage mehr, ob und unter